

Der Volkswirtschaftsrath.

Unser Berliner Δ-Correspondent schreibt:
Das Verzeichniß der 75 Männer, die auf fünf Jahre zu Mitgliedern des preussischen Volkswirtschaftsraths ernannt sind, giebt den besten Beweis ab, worauf es bei Gründung dieses Instituts dem Herrn Reichskanzler ankam. Eine aus Schutzöllnern und Agrariern bestehende große Mehrheit, die jedem Vorschlage der reichskanzlerischen Wirtschaftspolitik beifallig zustimmt, ist sicherlich vorhanden. Dazwischen einige nationalliberale, secessionistische und fortschrittliche Freihändler, namentlich aus Ost- und Westpreußen und Berlin als ornamentaler Auszug. Ein echtes Musterbild einer parlamentarischen Mehrheit, mit der Fürst Bismarck allseitig zufrieden sein würde, bietet der Volkswirtschaftsrath allerdings, — vier Fortschrittler und zwei Centrumsmitglieder unter 75 lassen sich ertragen. Ehrenfried Hessel, der als „Fabrikant“ aus Berlin, auf den agrarischen Congressen regelmäßig als Berichterstatter über alle möglichen wirtschaftlichen Fragen figurirt, ein eifriger Mitarbeiter der „Deutschen Landeszeitung“, in deren Verlage auch eine Sammlung „Vorträge und Aufsätze über handelspolitische, gewerbliche und sociale Fragen“ von ihm erschienen ist, derselbe Ehrenfried Hessel, der 1877 aus dem Vorstände der Berliner nationalliberalen Partei ausgemerzt wurde, weil er eingesehen mußte, unermüdlich für die Wahl des socialdemokratischen Abgeordneten Frißche im 4. Berliner Wahlkreise gearbeitet zu haben und sich von dort direct unter die Agrarier begab — taucht hier in der ehrsamen Halle eines „Webermeisters“ auf, in der er sicherlich eben so oft lächne Beweise auf unrichtige Zahlen in langen Reden für die Bismarckschen Pläne fügte, wie auf den Congressen der Agrarier. Ob die übrigen Handwerksmeister ähnlichen Anschauungen huldigen, wird sich demnächst zeigen. Auffälliger Weise ist keiner der großen Künstlerführer, wie Brandes und Bierberg darunter. Die beehrten Socialdemokraten Finn und Körner und die Stöcker'schen Heiden Schneider Gräberberg und Julius Ruppel fehlen auch. Die Gewerkschaften des Dr. Max Girsch sind durch den redigierten Eisenformer Kamien vertreten. Wenn der Volkswirtschaftsrath, wie officiös angekündigt wird, noch in diesem Monate zusammentreten soll, wird auch bald das Reglement zu erlassen sein, aus welchem sich ergeben wird, ob das neue Institut wirklich durch Ausschluß der Definitivität einigermaßen vor der öffentlichen Kritik geschützt werden soll. Solcher Schutz würde die Kritik nur noch mehr herausfordern, vollends da es doch unmöglich ist, die Mitglieder auf Stillstehen zu vereidigen. Daß der Volkswirtschaftsrath viel Arbeit bekommen wird, dafür bürgt die beim Bundesrath erfolgte Vorlegung des Unfallversicherungsgesetzentwurfs. Wenn der Reichskanzler seine socialpolitischen Ideen zur Beglückung der Arbeiter, durch Einführung des Versicherungszwanges nicht bloß auf Kosten der Arbeitgeber, sondern zum großen Theil auch auf Kosten der Arbeiter bei Unfällen unter Benutzung der Baare'schen, den Großindustriellen erheblichen entlastenden Vorschläge zu verwirklichen beabsichtigt, dann werden auch noch viele andere Pläne zunächst dem preussischen Collegio angehängt Sachverständiger zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Verstaatlichung der Unfallversicherung wird noch manche andere Verstaatlichung folgen. Das preussische Landesökonomencollegium hat bereits eine Art Verstaatlichung der Gemeindebullen angeregt; wenn der Versuch mißlingt, durch Polizeistrafen die Gemeinden zu zwingen, sich Bullen besserer Qualität als bisher zu halten, so soll der Staat auf Kosten der Widerpenfungen mit seinem besseren Verständnis für die Fortpflanzung guten Rindviehs eintreten! Ein schöner und fruchtbarer Gedanke, der sich von socialaristokratischen Staatsmännern gewiß noch auf mannigfache andere Gebiete übertragen ließe.

Aus der Commission zur Verathung der schlesischen Nothstandsvorlage.

Breslau, den 16. Januar.

Die XIII. Commission des Abgeordnetenhauses zur Verathung der ober-schlesischen Nothstands-Vorlage verhandelte gestern den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vertheilung des Staates bei dem Bau einer Eisenbahn von Oppeln nach Reife mit Abzweigung von Schiedlow über Falkenberg nach Grottkau, — und von Grottkau über Lublinitz nach Zarnowitz. Ref. Abg. Rampold bemerkt, daß eine Nothstandsgegenstand mit dieser Bahn zwar nicht berührt wird, befürwortet trotzdem die Regierungsvorlage. Der Bau dieser Bahn würde den nothleidenden Kreisen Ober-schlesiens zu Gute kommen, insbesondere der armen Bevölkerung der nachbarlichen Gegend, die hier lohnenden Verdienst zu finden.

Von Sönika hebt hervor, daß im Falkenberger Kreise allerdings ein Nothstand vorhanden ist, und zwar in Folge der fast alljährlichen Ueber-schwemmungen der Reife. Die Regulierung insbesondere der unteren Reife wäre dem Kreise Falkenberg ebenso nothwendig wie eine Eisenbahn. Die in dem Gesetzentwurfe bezeichnete Bahn entspreche nicht allen Interessen des Kreises, da der Mittelpunkt des Kreises — die Kreisstadt Falkenberg — nicht an die Hauptlinie Oppeln-Reife, sondern an die Nebenlinie Schiedlow-Reife zu liegen käme. Eine Linie Damrau-Falkenberg-Reife würde den Interessen des Kreises, insbesondere der Stadt Falkenberg, mehr entsprechen. Diese Bahn würde mitten durch den Kreis gehen und die bedürftigsten Gegenden berühren. Die Stadt Falkenberg würde bei Damrau an die große Verkehrsstraße Schlesiens möglichst nahe gerückt werden. Sein Antrag lautet: Zu § 1 „al. 2“ zu streichen, dagegen „al. 2 eine von der Ober-schl. Hauptbahn an der Station Damrau über Falkenberg nach Reife führende Bahn“ zu setzen.

b. Sönika erkennt die Berechtigung einer Linie Damrau-Falkenberg-Reife an. Die Commission befindet sich jedoch nicht in der Lage, der Ober-schl. Bahngesellschaft Vorschläge zu machen und neue Linien vorzuschlagen. Die Befürwortungen, daß der Bahndamm über die Reife bei Tiefensee der dortigen Gegend Schäden verursachen würde, theile er nicht. Eine Regulierung der unteren Reife, deren Nothwendigkeit er vollkommen anerkenne, kann in diesem Gesetze nicht beantragt werden.

Birchow: Wirtschaftlich scheint ihm die projectirte Linie Oppeln-Schiedlow-Reife nicht bedeutend zu sein, da sie meist Waldungen und uncultivirtes Land berührt, doch glaubt er eine neue Bahn nicht vorschlagen zu können, aus Gründen, welche bereits b. Sönika entwickelt hat. Da aber die Ober-schlesische Eisenbahn so sehr leistungsfähig, der Kreis Falkenberg kein armer Kreis ist, will er keine Staatshilfe zum Bau dieser Bahn bewilligen. Parisius lehnt die Verstaatlichung von Staatszuschüssen für die projectirte Linie ab, wünscht, daß die Staatsregierung aufgefordert werde, sich mit der Ober-schlesischen Eisenbahngesellschaft in Verbindung zu setzen, um eine neue Linie zu bauen, welche auf die Interessen des Kreises und insbesondere der Stadt Falkenberg mehr Rücksicht nimmt.

Nachdem b. Knefelde, v. Lepper, Graf Schäd, Dr. Holke, von Heydebrand an der Debatte sich betheiligt hatten, wird der Antrag von Sönika abgelehnt und der Regierungsentwurf angenommen. Die vom Abgeordneten von Sönika eingebrachte Resolution: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: „die königliche Regierung aufzufordern, den

unteren Lauf der Glaser Reife vor Erbauung der Bahn Falkenberg-Grottkau zu reguliren und dazu eben einen Theil der für Flußregulirungen Ober-schlesiens bewilligten Mittel zu verwenden“, wird in nächster Woche zur Verhandlung kommen.

Hierauf folgte die Discussion über die Eisenbahn Grottkau-Lublinitz-Zarnowitz. Von allen Seiten wurde die Nothwendigkeit dieser Bahn anerkannt. Nachdem v. Heydebrand, Rampold, b. Sönika, Dr. Holke, Hermiersch für den Antrag der Regierung gesprochen, wird derselbe einstimmig angenommen.

Schließlich wird ein Antrag v. Heydebrand: „daß die Ausgabe von Hilfskassen-Obligationen zu Nothstandsdarlehen stempelfrei erfolgen solle“, einstimmig angenommen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

37. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Januar.

11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg und Commissarien.

Nachdem der Eingang des vom Abg. Windthorst eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend das strafrechtliche Ertheilen der Sacramente und Lesen der Messe, mitgeteilt worden, wird die zweite Berathung des Zuständigkeitsgesetzes fortgesetzt. Titel II. handelt von den Angelegenheiten der Landgemeinden und der selbstständigen Ortsbezirke. § 16 der Vorlage bestimmt, daß der Landrath resp. in zweiter Instanz der Regierungspräsident die Aufsicht über die Landgemeinden und Ortsbezirke führen sollte; die Commission hat vorgeschlagen, die Aufsicht in erster Instanz dem Kreis-ausschuß, in zweiter dem Bezirksrath zu übertragen. Von Seiten des conferirenden Abg. v. Liebermann ist ein in der Commission in erster Lesung angenommener, in zweiter aber vom vormaligen Vermittelungsvorschlag eingebrachter, die Aufsicht dem Landrath als Vorsitzenden des Kreis-ausschusses zu übertragen. Damit würde erreicht werden, daß der Landrath im Behinderungs-falle nicht durch den Kreissecretär, sondern durch ein Mitglied des Kreis-ausschusses vertreten würde, daß er ferner als Vorsitzender eilige und klagende Sachen entscheiden kann, ohne den Kreis-ausschuß zu berufen.

Abg. v. Heydebrand erklärt sich für und seine Freunde, daß sie den Selbstverwaltungskörpern alle ihnen zukommenden Functionen voll und ganz überweisen, ihnen Alles übertragen wollen, was nach der Wichtigkeit der Sache oder wegen des Zusammenhanges mit inneren Angelegenheiten der Commune zweckmäßig von ihnen erledigt werden kann. Aber wir müssen die Selbstverwaltungskörper von allem unnötigen Ballast freihalten. Der Abg. Sänel wies neulich auf ihre Ueberbürdung hin, für welche Kraft und Lust zur Arbeit bald nicht mehr ausreichen werden; möge er heute consequent jenen Colloquien alles nicht Nothwendige abnehmen, was zweckmäßiger von einem einzelnen Beamten besorgt werden kann. Viele leben in dem § 16 ein capitis deminutio des Kreis-ausschusses, die ich als Mitglied eines solchen niemals zugeben würde. Aber weder ich noch irgend ein Mitglied des Ausschusses würde gegen den durch den Antrag von Liebermann modificirten Vorschlag der Regierung etwas einzuwenden können. Der Landrath ist ja nur auf die Fälle der laufenden Aufsicht beschränkt und es ist ein correcter und unansehnlicher Grund, daß der Staat seine Aufsicht, die ihm doch immer verbleiben muß, namentlich in Bezug auf die überwachende und anregende Thätigkeit, zweckmäßiger durch Beamte, die ihm direct verantwortlich sind, als durch Collegien ausübt, auf deren Zusammenkunft er so gut wie ohne Einfluß ist. Dieser laufenden Aufsicht unterliegt auch eine ganze Reihe minder wichtiger Fälle eiliger Natur, die man nicht einem Collegium überlassen darf. Ganz besonders bestimmt mich aber folgender Grund: Im Competenzgesetz ist die Disciplinarbefugnis über die Gemeindebeamten dem Landrath übertragen, die laufende Aufsicht wollen Sie ihm nicht übertragen! Daraus entsteht das merkwürdige Verhältniß, daß der Kreis-ausschuß die Aufsicht, aber nicht die Disciplinarbefugnis, der Landrath die letztere, aber nicht die Aufsicht hat. Man wird einwenden, daß es so bisher in der Kreisordnung so gewesen sei, ohne daß sich erhebliche Mißstände herausstellten. Aber daß man schon seit längerer Zeit eine Aenderung in diesem Punkte für nothwendig hält, geht daraus hervor, daß man in dem Competenzgesetz von 1876 ganz denselben Vorschlag gemacht hat, wie die Vorlage.

Die Commission hat ihn damals nicht im Princip, sondern nur deshalb abgelehnt, um die Sache besser bei der Landgemeindevorlegung zu regeln. Nun handelt es sich aber außerdem nicht um ein Gesetz für die alten Provinzen — sonst könnte man allerdings fragen, ob die Sache wirklich so dringend ist, um die bestehenden Bestimmungen zu ändern — sondern für die ganze Monarchie und in allen Landestheilen ist, was hier vorgeschlagen wird, bestehendes Recht. Ist es ganz unbedenklich das Gesetz mit einer solchen Aenderung auf die neuen Landestheile zu übertragen? Das Urtheil über die Stellung des Landraths wird wesentlich beeinflusst von der Person, die man gerade im Auge hat, wenn man an das Amt denkt. Aber die Verschiedenartigkeit der Persönlichkeiten darf uns nicht veranlassen, diese oder jene Bestimmung ad hoc zu treffen. Nun wird Niemand im Hause gegen den Landrath aus Bosheit vorgehen wollen. Aber bei Vielen ist eine Art unerklärlichen Widerwillens, eine Art obstructionistischer Tendenz gegen den Landrath vorhanden (Seiterteil), gegen die ich ankämpfen möchte. Wollen Sie also den Landrath in § 16 nicht schlant und frei passieren lassen, so acceptiren Sie ihn doch wenigstens in dem Gewande der Selbstverwaltung, welches bestimmt ist, alle die Stellen zu bebeden, die Ihnen etwa unangenehm erscheinen könnten. Auch ist daran zu erinnern, daß für den Landrath als Vorsitzenden des Ausschusses nicht wie in anderen Fällen seiner Abwesenheit oder Verhinderung der Kreissecretär, sondern der stellvertretende Vorsitzende oder ein Mitglied des Kreistags einzutreten hat. Indem wir Ihnen den Landrath als Vorsitzenden vorschlagen, soll verhindert werden, daß etwa der Kreissecretär in communalen Verhältnissen eingreift. (Beifall rechts.)

Abg. Sänel: Herr v. Heydebrand hat das Verdienst, daß er heute zum ersten Mal dem Entwurfe eine wirkliche Unterstützung geleistet hat. Die bisherigen Ausführungen auch auf conservativer Seite enthalten im Grunde Anfeindungen des Entwurfs. v. Naumburg hat es klar ausgesprochen, daß durch die Ausdehnung des Gesetzes auf die neuen Provinzen, dort eine solche Verwirrung und Abföderung erzeugt werden würde, daß man auf Grund dessen zu einer gänzlichen Revision der bisherigen Verwaltungs-gesetzgebung gelangen werde. In ähnlicher Weise äußerte sich v. Bennigsen. Der jetzt vorliegende Abänderungsantrag hätte das Haus schon bei Gelegenheit des alten Competenzgesetzes beschäftigen, war aber damals mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden. Daß es sich hier darum handle, von dem Kreis-ausschuße eine Geschäftsüberbürdung fern zu halten, ist nicht zutreffend; ebenso wenig, daß der Landrath die maßgebende Anregung und Ueberwachung haben müsse. Soweit diese Gesichtspunkte richtig sind, reicht unser bestehendes Gesetzeszustand vollkommen aus; auch das Recht der Initiative, welches der Vorredner vermisst, ist dem Landrath mit klaren Worten in der Kreisordnung eingeräumt; er kann durch Erfindungen, Erfordern von Berichten vorbereiten, Anregung geben, um alsdann das aus seiner Initiative gesammelte Material dem Kreis-ausschuße zur Prüfung vorzulegen. Soll der Antrag indeß weiter gehen und ein Einmischen des Landraths in das Materielle der Gemeindevorwaltung beabsichtigen, dann müssen wir uns dagegen erklären. Wenn wir dem Landrath die Aufsicht übertragen, wissen wir nicht, wie weit die Einmischung desselben in die Gemeindegangelegenheiten functionirt ist; denn unsere Landgemeindevorordnung giebt dem Recht der Aufsicht durch die Behörden eine sehr laze und unbestimmte Grenze; sie ist so lässig, daß wir nicht übersehen können, in wie weit die Summe der in den folgenden Paragraphen fallenden Special-clauseln die Aufsichtsbefugnisse über die Gemeinden in sachgemäßer Weise specialisiren. Die Clausel „Vorsitzender des Kreis-ausschusses“ ist eine die Sachlage sehr verdunkelnde. Klar ist nur das vom Vorredner angedeutete Verhältnißverhältnis. Im Uebrigen hätte man doch mindestens feststellen müssen, welche Befugnisse aus dieser Stellung dem Kreis-ausschuße erwachsen. Jene Clausel ist gleichsam nur eine kleine Nützlichkeitssphäre, mit welcher eine unangenehme Sache verdeckt wird. Ich bitte Sie, an der Aufsicht des Kreis-ausschusses über die Gemeindegangelegenheiten festzuhalten.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Die Verschiedenheit der Anschauungen in der Aufsichtsbefugnis hat ihren Grund darin, daß die eine Hälfte der Herren dieselben aus der Praxis entnimmt, die andere sie sich theoretisch construiert. Man muß vor Allem die verschiedenen localen Verhältnisse in Betracht ziehen, die hienieden weit von einander differiren. Der § 16 ist wesentlich von der Fortschrittspartei so formulirt worden. Man hat gesagt, derselbe halte bestehendes Recht aufrecht. Ich habe den Fortschritt sonst noch nicht auf diesem Wege gefunden. Seit 32 Jahren haben sich die Herren ja nur mit dem Einreihen beschäftigt. Jener Standpunkt ist indeß formell nicht geboten, sondern das ist in dem Organisationsgesetz vom 26. Juli 1880 enthalten. Danach handelt der Landrath im Kreise seiner Befugnisse, soweit sie die allgemeine Landesverwaltung betreffen, selbstständig; und die Aufsicht über die Landgemeinden gebührt doch gewiß zur allgemeinen Landesverwaltung. Ein Collegium wie der Kreis-ausschuß kann keine Anregung zu irgend welcher Thätigkeit geben. Nun hat man allerdings in der Commission ausgeführt, daß man den Kreis in mehrere Bezirke theilen und die Kreis-ausschüsse mitgliedern, jedes in einem bestimmten Bezirk, die Aufsicht führen könnten, einzelne Kreise sollen sogar schon so eingerichtet sein. Es ist mir hochinteressant, zu erfahren, was das für Kreise sind, wahrscheinlich gehört dazu der meines Nachredners District. Die Sache ist aber sehr bedenklich; denn die im Kreis-ausschuße sitzenden Bürgermeister der kleinen Städte werden sich die Beaufsichtigung durch ein Kreis-ausschussmitglied kaum gefallen lassen. Schwierig ist die Sache auch deshalb, weil der Kreis-ausschuß sich selten versammelt, gewöhnlich nur von 4 zu 4 Wochen, die Sache muß dann mindestens 8 Wochen schimmeln. Jetzt ist das Verfahren folgendes: der Landrath legt die Sache nicht bis zur nächsten Ausschusssitzung zurück, sondern trifft sogleich die Entscheidung, macht das Rescript fertig und legt es dem Kreis-ausschuße vor. Das ist aber keine collegialische Ver-fahrung, sondern nur ein formelles Entgegenkommen gegenüber dem Collegium.

Der größte Fehler ist, daß der Kreis-ausschuß dem Kreistage gegenüber steht, wie der Magistrat zu dem Stadtverordneten-Collegium. Das darf aber nicht sein. Der Kreis-ausschuß soll das Vertrauenselement des Kreistages sein, während der Magistrat immer der geborene Widersacher der Stadtverordneten-Versammlung ist. (Widerpruch links.) In einzelnen Provinzen, namentlich in Ostpreußen, hält man den Landrath nicht für den Vertrauensmann seines Kreises, sondern für dessen Feind. Durch diese Befandlung wird der Landrath aber erst zum Feinde des Kreises gemacht. Selbst der bureaukratische Landrath hat die Neigung, mit dem Kreise zu geben, wird er aber schlecht behandelt, dann wird er nothwendig Streber, um nur wegzukommen. Dirichlet hat gesagt, daß die Bureaukratie von Tag zu Tag an Macht gewinne. Ich glaube, das ist richtig, aber es ist auch gefährlich; denn wenn der Landrath erst Bureaukrat wird, dann stehen ihm die Leute der Selbstverwaltung gegenüber wie Franciscaner zu einer Brigade geschulter Truppen. Die Bureaukratie ist ein gescheitertes Corps. Mit der Annahme des Commissionsantrages reduciren Sie die persönliche Verührung zwischen Landrath und Gemeindevorsteher auf ein Minimum. Der Landrath muß schon jetzt sehr häufig eine Antwort geben, die mir immer unsympathisch ist, nämlich: Kommen Sie schriftlich ein! Damit tritt auch die productive Thätigkeit zurück. Friedrich der Große schrieb einmal in einer seiner Randglossen: Die Kammer schreibt dem Teufel ein Ohr ab, bringt damit aber doch nur Patronenpapier zu Wege, das zum Verschicken gerade gut genug ist. Was würde er sagen, wenn er jetzt wiederkäme? Ich glaube, wir schreiben heute dem Teufel nicht mehr ein Ohr ab, wir schreiben ihn quer auseinander. (Seiterteil und Beifall rechts.)

Abg. Dirichlet: Herr v. Heydebrand hat meinen Ausführungen ob-structionistische Tendenzen und Widerwillen gegen die Landräthe vorgeworfen, was ich entschieden zurückweisen muß. Gegen das Institut der Landräthe an und für sich habe ich nicht den geringsten Widerwillen, nur ist ihre Amtsführung oft nicht eine unparteiische. Die obstructionistischen Tendenzen sind aus dem englischen Parlamenten entnommen, wo es bedeutet, durch vieles oppositionelles Sin- und Herreden das Zustandekommen von Gesetzen zu verhindern. In welcher Weise wir (auf der linken Seite) das Zustandekommen von Landräthen verhindern sollten, das weiß ich nicht. Sollten aber wirklich bei uns „obstructionistische“ Tendenzen vorhanden sein, so würden die Ausführungen des Herrn v. Heydebrand sie nur noch vermehren. Ein schwacher Keim von Disharmonie zwischen Landrath und Communalbehörden wird sich unter dem Einfluß der Vorlage nur zu leicht zum schärfsten Conflict herausbilden. Herr von Meyer hat sich ebenfalls mißliebig über den antipathischen Zug gegen die Landräthe geäußert und besonders auf die Provinz Ostpreußen Bezug genommen. In der Provinz Ostpreußen findet man vielfach eine Species von Landräthen, die ich Ihnen schildern muß. Sie sind in der Regel noch sehr jung und berieten den Standpunkt der Herren von der rechten Seite. Sie haben natürlich die allernachtheiligsten Vorstellungen von der Provinz: dort herrsche ein ewiger Winter, überall Heulen der Wölfe, dahinsinken laufen verlorne Ange-thüme als Menschen herum, nur im Juli schmelze der Schnee, die Menschen ungebildet und uncivilisirt. (Zischen und Widerpruch rechts.) Da fühlen sich denn die jungen Herren berufen, Sitte und Bildung in diese traurige Provinz zu tragen, in diesen Verbannungsort mißliebiger Beamten, in diese preussische Sibirien. Wenn nun in dieser Weise die Bildung der ostpreussischen Bevölkerung unterstügt wird, da kann es zu keiner Harmonie mit den so unglücklichen Vorurtheilen erfüllten Herren Landräthen kommen. (Widerpruch und Zischen rechts.) Wenn übrigens Herr von Meyer in seinen Ausführungen die ständischen Institute einer veralteten Gesetzgebung auf unsere heutigen Verhältnisse wieder angewendet wissen will, so muß ich ihm, der uns immer die Unkenntnis der ländlichen Verhältnisse vorräth, entgegenhalten, daß ihm jedenfalls die städtische Praxis völlig fremd ist. (Beifall links.)

Abg. Schreiber: Für die neuen Provinzen ist es jedenfalls nothwendig, dem Landrath die Aufsicht zu übertragen und nicht dem Kreis-ausschuß. Ihre Gemeindevorordnungen sind so besonderer und verschiedener Natur, daß es ganz unmöglich sein würde, den Kreis-ausschuß überall mit der Aufsicht zu betrauen. In der Provinz Hessen fehlt es schließlich an den dazu geeigneten Elementen. Schon aus dem Gesichtspunkte der Ein-beitlichkeit ist es zu wünschen, daß die Aufsichtsbefugnisse in die Hände der Landräthe kommen. Uebrigens soll die Aufsicht eine allgemeine sein und eine Trennung nach Materien vorgenommen werden, so daß Conflicte nicht zu befürchten sind.

Abg. von Zedlitz-Neuharth erklärt sich gegen den Antrag v. Liebermann. Die Aufsicht über die Landgemeinden müsse in den Händen von collegialischen Behörden liegen. Der Kreis-ausschuß sei schon um deshalb geeignet, weil ja der Landrath den Vorsitz in ihm habe. Hiernach sei dem Verlangen nach streng staatlicher Aufsicht schon Genüge geleistet. Durch den landräthlichen Vorsitz seien die Kreis-ausschüsse als staatliche Behörden anzusehen. Zudem sei der Landrath so mit Arbeiten überbürdet, daß er kaum im Stande sein würde, noch die Aufsichtsbefugnisse allein zu übernehmen. Im Uebrigen ständen die wichtigsten Befugnisse, namentlich der Zwangsbesatz, schon ohnehin den Staatsbeamten zu.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich will die Gründe, welche von entscheidendem Gewicht sind für die Aufrechterhaltung der Vorlage, wenn Sie wollen, in der vom Abg. v. Liebermann modificirten Fassung aufzählen. Gerade der Einwand, daß der Zustand der Landgemeindevorordnung ein nicht geregelter und die Fixirung des Inhalts der Aufsichtsbefugnisse eine zu unbestimmte sei, um dem Landrath statt des Kreis-ausschusses die Aufsicht über die communalen Angelegenheiten zu übertragen, wurde bei Verathung des hohenzollernschen Organisationsgesetzes als ein Grund für die Ueber-tragung der Aufsicht auf einen Einzelbeamten von der Majorität anerkannt. Außerdem trifft er auch im Uebrigen in dem Maße keineswegs zu, da bei den für die Gemeinde wesentlichen Momenten, nämlich Festsetzung der in die Organisation der Gemeinden eingreifenden Beschlüsse und Eintreten der Aufsichtsbehörde an Stelle der Gemeindevorstände, die Function der Beschlüsse des Kreis-ausschusses als vollbegründet eintritt; und ich bin der Letzte, der in Beziehung hierauf eine ungerechtfertigte Zurückhaltung beobachtet will. Aber nachdem diese Befugnisse dem Beschlussescollegium gegeben sind und zwar nach sorgfältigster Prüfung, ist wohl wenig von Gewicht

[Personalveränderungen bei den Justizbehörden.] Versetzt sind die Amtsrichter Dr. Ademann in Carolath an das Amtsgericht in Reiffe und Meyer in Hermesfeld an das Amtsgericht in Mayen. Der Gerichts-Assessor Haas ist zum Landrichter bei dem Landgericht in Wiesbaden ernannt. Zu Amtsrichtern sind ernannt: die Gerichts-Assessoren Oßmann bei dem Amtsgericht in Sommerfeld, Schulte-Uffelage bei dem Amtsgericht in Söhlenburg und Maderang bei dem Amtsgericht in Londern. Der Amtsrichter Hömann in Pforten ist in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aus dem Justizdienst entlassen. Der Amtsrichter Schmidt in Lewin ist gestorben. — Dem Notar Straßer in Schleiden ist unter Verleihung des Charakters als Justizrath die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. — Zum Notar ist ernannt: der Gerichts-Assessor Dr. Jordan unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Rathenow, im Bezirk des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rathenow. — In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: die Rechtsanwälte Frölke aus Johannsburg bei dem Amtsgericht in Habelberg und dem Landgericht in Neu-Ruppin, Schulz aus Bromberg bei dem Amtsgericht in Rosen, die bisherigen Amtsrichter Scheele aus Tempelburg bei dem Landgericht in Arnshagen, Martin aus Greiz (Färstenburg Kreis) bei dem Landgericht in Rößel, Dr. Stern aus Neuwedel bei dem Amtsgericht in Oranienburg, Dr. Teuscher aus Prignitz bei dem Amtsgericht in Sommerfeld, Mantell aus Goldberg bei dem Landgericht in Görlitz, Dr. Alexander aus Buttenhausen a. D. bei dem Amtsgericht in Kitzdorf und der Gerichts-Assessor Prexauer bei dem Landgericht I in Berlin. — Dem Gerichts-Assessor Spangenberg ist behufs Uebertritts zur landwirthschaftlichen Verwaltung die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. — Der Gerichts-Assessor Richter in Köln ist gestorben.

